Barschel-Affäre

Kumpanei mit der Stasi

Der schleswig-holsteinische Justiz-Staatssekretär Stefan Pelny hat schwere Vorwürfe gegen die Gauck-Behörde erhoben und ihr „nachträgliche Kumpanei“ mit der Stasi unterstellt. Die Berliner Behörde hatte Hunderte Protokolle von Telefonaten, die der DDR-Geheimdienst abgehört hatte, an den Kieler Untersuchungsausschuß geschickt; der soll die Rolle von SPD-Politikern in der Barschel-Affäre klären. In den als VS-Vertraulich eingestuften Akten finden sich Zusammenfassungen von Gesprächen Pelnys aus den Jahren 1988 und 1989, außerdem Telefonate anderer Kieler Prominenter wie des schleswig-holsteinischen CDU-Ehrenvorsitzenden Gerhard Stoltenberg, des Ex-SPD-Chefs Björn Engholm und des Kieler SPD-Fraktionsvorsitzenden Gert Börnsen. Pelny forderte Behördenchef Joachim Gauck auf, die ihn betreffenden Unterlagen vom Untersuchungsausschuß zurückzufordern. Ihn unterstützt der Kieler Datenschutzbeauftragte Helmut Bäumler, der das „Recht auf informationelle Selbstbestimmung“ des Bürgers Pelny verletzt sieht.

GUS-Kasernen

Betrug mit Wachbüchern

Firmen, die ehemalige Kasernen der GUS-Streitkräfte in Mecklenburg-Vorpommern bewachen, haben das Land und das Bundesvermögensamt offenbar um mehrere hunderttausend Mark betrogen. Die Staatsanwaltschaft Schwerin verdächtigt zwei Wachunternehmen, jahrelang mehr Wachstunden abgerechnet zu haben, als sie tatsächlich leisteten. Die Schweriner Kriminalpolizei, die sich häufende Korruptionsfälle in Mecklenburg-Vorpommern bearbeitet, hegt den Verdacht, daß auch in diesem Fall korrupte Regierungsbeamte mitmischten. Nach einer überraschenden Einzelkontrolle hatte eine genaue Buchprüfung in der Zentrale eines Unternehmens große Abweichungen zwischen Endabrechnungen und den Wachbüchern in den Liegenschaften ergeben. Zeugen berichteten außerdem, daß vor der Prüfung Unterlagen manipuliert worden seien.

F. HOLLANDER / DIAGONAL

Ehemalige GUS-Kaserne in Schwerin

Verkehrsprojekte

Wissmanns Tricks

Mit seiner Lieblingsidee, Verkehrsprojekte privat vorfinanzieren zu lassen, stößt Verkehrsminister Matthias Wissmann (CDU) im Hause des Finanzministers Theo Waigel (CSU) auf Kritik.

Nach dem letzte Woche verabschiedeten Haushalt 1995 werden zwölf Bundesfernstraßen mit Privatkapital gebaut – von der vierten Elbtunnelröhre in Hamburg über die Autobahn A 60 in Rheinland-Pfalz bis zur Ortsumgehung Farchant in Bayern. Binnen 15 Jahren nach Fertigstellung soll dann die Vorfinanzierung von insgesamt rund 4,5 Milliarden Mark an die Privaten zurückgezahlt werden.

Angesichts der großen Verkehrsinvestitionen in Ostdeutschland, preist Wissmann sein auch von der SPD unterstütztes Modell, sei sonst für diese westdeutschen Vorhaben kein Geld da. Dank privater Vorfinanzierung werde dagegen der Bundeshaushalt erst in Jahren belastet, in denen es „wieder mehr Spielraum“ gebe.

Ebenso wie der Bundesrechnungshof bezweifeln auch Waigels Beamte die Vergleichskalkulation der Verkehrskollegen, wonach die Privatvariante „nicht teurer“ komme. Schon die Annahme, der Bund werde die Rückzahlungen an die Vorfinanziers stets mit Eigenmitteln und nicht wenigstens teilweise wieder mit Krediten leisten, halten sie für unrealistisch. Zudem widerspreche diese Methode, aktuelle Etat-Engpässe per Ratenkauf zu umgehen, dem Grundsatz zur Haushaltsklarheit und -wahrheit.

Allen Bedenken zum Trotz empfahlen die Beamten ihrem Minister, wegen der zwölf Pilotprojekte jetzt keinen Streit mit Wissmann anzufangen. Danach aber, das steht fest im Hause Waigel, soll Schluß sein mit der undurchsichtigen Geldbeschaffung.

J. H. DARCHINGER

Bauarbeiten an der A 60 bei Bitburg

Aids-Blut-Skandal

Feilschen um die Stiftung

Gesundheitsminister Horst Seehofer und die Länder feilschen um die Entschädigung für die rund 2000 Opfer des Aids-Blut-Skandals. Die Länderchefs wiesen ein Angebot des CSU-Ministers brüsk zurück. Seehofer wollte den Zuschuß des Bundes von 100 auf 200 Millionen Mark erhöhen, falls die Länder ebenfalls ihren versprochenen Anteil von 50 Millionen Mark verdoppelten – verteilt auf vier Jahre 781 250 Mark Mehrkosten jährlich für jedes der 16 Bundesländer. Die Sachsen und Brandenburger schlugen einen neuen Zahlungsmodus vor: Die Länder sollten sich entsprechend der Anzahl der Betroffenen im jeweiligen Land beteiligen – in Sachsen leben nur zwei Opfer.

Fernsehen

Videos vom ZDF

Das ZDF will seine Programmvorräte ausschlachten und so ins zukunftsträchtige Multimedia-Geschäft einsteigen. Erstes Projekt ist ein Service- und Ratgeberkanal, bei dem die Zuschauer populäre Informationssendungen wie „Wiso“, „Gesundheitsmagazin Praxis“ oder „Reiselust“ elektronisch abrufen können („Video on demand“). Auch Dokumentationen und „kulturelle High-